

## Eine Chance für die Milcherzeuger

**Von Hans-Michael Goldmann, 18.05.09**

Die aktuellen niedrigen Milchpreise sind ein immer größeres Problem für immer mehr Milcherzeuger.

Deshalb nehmen auf der einen Seite Forderungen nach staatlicher Intervention immer mehr zu, während andere in der Krise deutlich machen, dass der Staat sich ganz heraushalten sollte aus der Förderung der Landwirtschaft. Man könne Milch schließlich auch importieren.

Die Bundesregierung gibt mit dem Rettungspaket für die Banken (500 Mrd. €), den Konjunkturpaketen I und II/ (60-80 Mrd. €), der Aufstockung der Abwrackprämie für Autos u.v.m. viele Milliarden Steuergelder aus.

Entlarvend dabei ist, dass bei sämtlichen Maßnahmen kein Geld zur Verbesserung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen für die Landwirte von der Bundesregierung vorgesehen wird. CDU, CSU und SPD loben die Landwirte in Sonntagsreden. Hilfen von in der Krise gibt es aber keine. Die Landwirte sind Schwarz und Rot gleichgültig.

Die FDP tritt konsequent für eine soziale Marktwirtschaft und damit gegen Protektionismus und Exportsubventionen ein. Deutschland, die Europäische Union und die WTO haben sich zudem auf einen marktwirtschaftlichen Kurs und für die Abschaffung von Protektionismus und Exporterstattungen ausgesprochen. Auch die neue Bundeslandwirtschaftsministerin hat dem Protektionismus im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin 2009 den Kampf angesagt. Bedauerlich ist, dass Frau Aigner gleichzeitig für die Wiedereinführung von Exportsubventionen, die sie eigentlich im Rahmen der WTO abschaffen möchte, eingetreten ist. Auch in diesem Bereich ist die Politik der Bundesregierung mehr als widersprüchlich und zum Schaden der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft.

Um die Forderungen nach staatlichem Schutz für die Milcherzeuger fundiert bewerten zu können, muss man aber auch einen Blick in die Vergangenheit werfen.

Die Milchquote sollte nicht nur Milchseen beseitigen helfen, sondern auch den Milchbauern helfen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Milchquote den Bauern weder einen auskömmlichen Milchpreis garantiert, noch das Höfesterben beendet hat. Während es 1984 noch rund 380.000 Milcherzeuger gab, sind es heute noch knapp 100.000.

Interessant ist, dass schon während der letzten großen Koalition (1967) das Landwirtschaftsministerium ausführlich Quotensysteme für die Milch geprüft hat und zu dem Urteil kam, dass sie nicht funktionieren könnten. Nahezu alle Kritikpunkte des Ministeriums haben sich seit Einführung der Milchquote bewahrheitet. Deshalb muss man die Einführung der Milchquote als Fehler bezeichnen.

Mir und der gesamten FDP wird von BDM-Aktivisten gerne vorgeworfen, wir seien für niedrige Milchpreise und verträten nur die Interessen des Handels und der Verbraucher.

Doch ich trete ganz bestimmt nicht für niedrigere Milchpreise ein, sondern im Gegenteil für faire und auskömmliche Milchpreise. Doch ich weiß, dass solche Preise nicht über staatliche Eingriffe oder künstliche Marktregulierungen zu erzielen sind.

Die FDP-Bundestagsfraktion befasst sich seit vielen Jahren sehr gründlich mit Alternativen zur planwirtschaftlichen Milchquote und staatlichen Eingriffen in den Markt. So sprachen sich die Abgeordneten Ulrich Heinrich und Günther Bredehorn bereits in einer Pressemitteilung vom 24. Mai 1996 für „Mehr Marktwirtschaft durch Milchbörse“ aus. Der Handel von Lieferrechten über eine Milchbörse sollte insbesondere Transparenz schaffen und die aktiven Milcherzeuger im Wettbewerb stärken. Die im Nachhinein eingeführte Milchquotenbörse hat leider nicht vollständig den Vorstellungen der FDP-Bundestagsfraktion entsprochen. Dennoch ist rückblickend festzustellen, dass es ein richtiger Schritt hin zu mehr Marktwirtschaft und Transparenz im Milchbereich war.

Die FDP hat daraus Konsequenzen in ihrer Programmatik gezogen und tritt bereits seit einigen Jahren für das Ende staatlicher Quotensysteme ein (nicht nur bei der Milch).

Ich selbst bin seit 2002 für die Agrarpolitik der FDP-Bundestagsfraktion verantwortlich und sage seit dem immer wieder, dass die Bauern sich auf den Markt einstellen müssen. Dort wo staatliche Vorgaben die Wettbewerbschancen deutscher Bauern verschlechtern, müssen entweder fairer Wettbewerb geschaffen werden oder durch staatliche Ausgleichszahlungen Nachteile ausgeglichen werden. Dies ist für uns die gesellschaftspolitische Rechtfertigung für die Flächenprämie.

Im Übrigen gibt es seit Jahren Branchen in der Landwirtschaft, die mit dem freien Markt leben. Die meisten Schweinebauern haben sich auch so gut darauf eingestellt, dass sie selbst während der letzten Preiskrise keine staatlichen Hilfen verlangten, sondern nur dort faire Wettbewerbsbedingungen, wo die deutsche Politik europäische Vorgaben nicht 1:1 umsetzt.

Die Hauptursache für den daniederliegenden Milchpreis ist, dass trotz des laufenden Umstrukturierungsprozesses und der massenhaften Aufgabe von Milchbauern in den letzten Jahrzehnten, immer noch zuviel Milch in Europa produziert wird (denn trotz weniger Milchbauern und Milchkühen, wird durch erfolgreich gezüchtete Milchkühe heute fast ebenso viel Milch produziert wie vor 15 Jahren).

Wir leben in Zeiten einer globalisierten Welt, ob uns das nun gefällt oder nicht. Und Deutschland profitiert unter dem Strich ja auch von der globalisierten Wirtschaft. Wir erhalten unseren Wohlstand im Wesentlichen daher, dass wir unsere Industriegüter und auch unsere veredelten Lebensmittel in aller Welt verkaufen können. Deshalb müssen wir auch ein Interesse an erfolgreichen WTO-Verhandlungen haben. Dies wiederum bedingt, dass wir auf Dauer keine hohen Zollgrenzen an den EU-Außengrenzen für Agrarprodukte aufrechterhalten können. Diese Zollgrenzen sind aber unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der vom BDM, CSU und den Grünen geforderten Mengensteuerung. Was der BDM vorschlägt, hat nichts mit marktkonformen Regeln zu tun. BDM, CSU und Grüne wollen den Markt ausschalten und das kann nicht funktionieren. Die Voraussetzungen für eine „Milch-OPEC“ sind nicht gegeben!

Dabei gibt es durchaus privatrechtliche Steuerungsmodelle die funktionieren. Z.B. das us-amerikanische Milchviehherdenregulierungsprogramm. Dort sind freiwillig Milchunternehmer organisiert, die zusammen fast 80% der in den USA produzierten Milchmenge repräsentieren.

Wichtig ist vielmehr, dass die Landwirte und Molkereien endlich die Angebotsseite stärken. Wenn weiterhin über 100 Molkereien mit wenigen, großen Handelskonzernen verhandeln, kann das nicht zu den gewünschten Ergebnissen aus Sicht der Landwirte führen.

Bei der FDP wissen die Landwirte seit vielen Jahren, woran sie sind. Wir ändern unsere Meinung nicht kurzfristig, weil irgendwo Wahlen anstehen: Wir treten für den unternehmerischen Landwirt ein, der seine Chancen am Markt sucht. All die Erfahrungen mit der staatlich regulierten Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten haben gezeigt, dass staatlich regulierte Landwirtschaft einen Hemmschuh für erfolgreiche Landwirte darstellt und die Landwirtschaft mit überbordender Bürokratie überzogen wird.

Die deutsche Politik kann den Bauern vor allem dort helfen, wo die Produktionskosten durch staatliche Vorgaben und Steuern höher sind, als bei unseren europäischen Nachbarn. Das ist auch der Grund warum die FDP-Bundestagsfraktion seit geraumer Zeit ein stringentes Konzept für die Landwirtschaft und insbesondere für die Milchbauern fordert. Die Milchgipfel, die Seehofer und Aigner abgehalten haben, waren nichts als Augenwischerei und Symbolpolitik. Sie sollen darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung ihre Hausaufgaben nicht macht.

Zwar unterstützen wir den Plan der Bundesregierung, die Auszahlungen der EU-Beihilfen vorzuziehen und zinsverbilligte Kredite zu gewähren, doch das reicht bei weitem nicht aus, den deutschen Landwirten nachhaltig zu helfen.

Entscheidend ist, die Landwirte auf der Kostenseite zu entlasten:

- Dauerhafte Gleichbehandlung beim Agrardiesel und nicht nur halbherzige Entlastungen für zwei Jahre, denn nach den aktuellen Plänen der Regierung würden die deutschen Landwirte noch immer mit ca. 25 Cent (ihre französischen Nachbarn zahlen 0,6 Cent) den höchsten Agrardieselsteuersatz in der EU haben.
- Entlastung bei der Ökosteuer.
- Beschränkungen bei Fütterungsverböten aufheben (Gentechnisch veränderte Futtermittel sind billiger als herkömmliche und werden bei den meisten unserer Nachbarn verfüttert, in Deutschland gibt es massive Beschränkungen).
- Bürokratieabbau, um die Landwirte bei den Verwaltungskosten zu entlasten.

Dies sind vier Punkte, bei denen die Regierung sofort handeln könnte. Damit stärkt man die marktfähigen Betriebe und erhöht ihre Marktchancen.

Des Weiteren kann sich die Bundesregierung in Gesprächen bei der Industrie dafür einsetzen, dass wieder Butter und Milch in der Lebensmittelindustrie verwendet werden

und nicht pflanzliche Fette. Auch das Schulmilchprogramm muss konsequent ausgeschöpft werden.

Darüber hinaus fördert der Staat die Milchbauern - wie alle Bauern - seit 2005 mit einer Prämie für die umweltschonende und fachgerechte Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Fläche. Dies soll die Nachteile am Weltmarkt ausgleichen, die durch höhere Umwelt- und Tierschutzstandards hervorgerufen sind. Diese sogenannte erste Säule der europäischen Agrarförderung war den Bauern bis 2013 zugesagt, doch wurde mit Zustimmung der Großen Koalition der Prozentsatz erhöht, der von diesen Mitteln in die Zweite Säule transferiert wird, aus der beispielsweise Agrarumweltprogramme finanziert werden. Die FDP stand und steht zu der Zusage, dass die erste Säule bis 2013 unangetastet bleiben muss.

Die aktuelle Preis-Krise ist bitter für die Landwirtschaft und insbesondere für die Milchbauern. Doch der Lebensmitteleinzelhandel hat Recht, dass die Politik und Verbände keinen Einfluss auf die Milchpreisgestaltung haben.

Trotzdem ist Kritik auch am Lebensmitteleinzelhandel berechtigt, denn er ist an seinen eigenen Worten zu messen:

Der Discounter Aldi hat im Juni 2008 mit ganzseitigen Anzeigen geworben, die Milchpreise zu erhöhen, um zur Existenzsicherung der Milchbauern beizutragen.

*„Die Produktion von Milch ist für viele Milchbauern zurzeit nicht kostendeckend. Das müssen wir ändern, wenn wir auch in Zukunft Milch in hoher Qualität verfügbar haben wollen“*, heißt es in einer Anzeige des Discounters Aldi vom 10.06.2008.

Damals kostete Frischmilch 68 Cent je Liter, heute nur noch 48 Cent je Liter. Die Milchbauern stehen mit dem Rücken zur Wand. Der Lebensmitteleinzelhandel muss in der jetzigen Krise im eigenen und im Interesse der Verbraucher und der Landwirte zu seiner Verantwortung in einer sozialen Marktwirtschaft und zu den gegebenen Versprechen stehen und Wort halten.

Die Produktion von qualitativ hochwertiger deutscher Milch zu Preisen von 20 Cent je Kilo und weniger ist langfristig nicht möglich.

Die Bundesregierung muss den deutschen Milchbauern endlich helfen wo sie es kann. Der Milchgipfel im Jahr 2008 und der „Runde Tisch“ im Mai 2009 haben für die Milchbauern außer leeren Versprechen nichts gebracht. Ein weiterer Milchgipfel ist deshalb nur dann sinnvoll, wenn damit ganz konkrete Verbesserungen für die Milchbauern verbunden sind.

In dieser historischen Krise ist die Bundeskanzlerin gefordert. Kanzlerin Merkel muss nach der bisherigen bauernfeindlichen Agrarpolitik der Bundesregierung endlich einmal Verbesserungen für die heimischen Bauern durchsetzen und die Agrardieselsteuer jetzt und nicht erst nach der Wahl senken.